

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 7-8

Artikel: Aktive Demokratie
Autor: Bertschi, Marion
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337359>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frage 3: Betrachten Sie sich als Marxist?

	Umfrage 1958	Umfrage 1961
	Zahlen in % der Befragten	
Ja, unbedingt	0,7 (!)	2,4 (!)
Ja, wohl schon	8,2	16,0
Ich habe darüber keine Meinung	17,1	22,2
Ich glaube nicht	31,6	31,0
Nein, auf keinen Fall	39,8	27,5
Keine Antwort	2,6	0,9
	100,0	100,0

Über 72 Prozent der befragten Studenten wünschen eine Entwicklung zum Sozialismus, aber ganze 18 Prozent, das heißt nur ein Viertel von ihnen, wollen als Marxisten angesprochen werden! Ist das nicht der schönste Beweis für die *Aktualität und Daseinsberechtigung des demokratischen Sozialismus*, der sich nicht auf ein bestimmtes Dogma, sondern auf eine Vielzahl von religiösen und weltanschaulichen Bekenntnissen stützt? Am grundsätzlichen Bekenntnis der überwiegenden Mehrzahl der angehenden Akademiker zum Sozialismus erkennen wir gleichzeitig die weitgehende Wirkungslosigkeit liberalistisch-bürgerlicher oder konservativer Ideen unter der heutigen politischen Jugend.

Wir möchten noch festhalten, daß sich unseres Erachtens die Untersuchung, die sich auch noch über andere Bereiche erstreckt, in methodologischer Hinsicht nicht anfechten läßt. Die Abgabe der Fragebogen erfolgte unter Wahrung vollkommener Anonymität. Auch weisen die polnischen Hochschulen heute ein Zulassungssystem auf, das sich einzig nach den Fähigkeiten des Bewerbers und nicht nach irgendwelchen politischen Kriterien richtet. Aus diesen Gründen erscheinen uns die hier zitierten Ergebnisse als stichhaltig. Zum Schluß wäre nur noch zu bemerken, daß eine ähnliche Untersuchung über das politische Denken der Schweizer Studenten nicht existiert. Es wäre auch für die Schweizer Öffentlichkeit einmal interessant, zu erfahren, ob jene antikommunistischen Hysteriker, die in ihrem totalitären Gebaren lebhaft an eine noch nicht allzu ferne Vergangenheit erinnern, wirklich die Auffassungen der Mehrzahl der Schweizer Studenten vertreten.

DR. MARION BERTSCHI

Aktive Demokratie

«Der Anfang und das Ende meiner Politik ist Erziehung.» Ausgehend von diesem Pestalozzi-Wort haben drei sozialdemokratische Persönlichkeiten der Schweiz, Friedrich Salzmann, Max Weber und Max Wullschlegler, drei

Aspekte der Demokratie entwickelt. Es handelt sich um drei Vorträge, die im November 1960 an der Universität Basel gehalten wurden und als kleine Schrift im Viktoria-Verlag Bern 1961 erschienen sind. Die drei Themen lauteten: Erziehung zur Demokratie in der Schule — Demokratisierung der Wirtschaft — Die politische Partei als demokratische Notwendigkeit. Wie auch Felix Mattmüller im Vorwort ausführt, ist die gegenseitige Beziehung zwischen Politik und Erziehung eine notwendige Voraussetzung für eine lebensfähige Demokratie. Heute müssen wir uns ernsthaft fragen, ob unser Schulsystem den Anforderungen unserer komplizierten gesellschaftlichen Verhältnisse noch zu genügen vermag. Wenn noch vor 100 bis 150 Jahren die Volksschulbildung für den Bürger zur Ausübung seiner politischen Rechte genügte, so ist heute und erst recht für die Zukunft eine dringende Forderung der westlichen zivilisierten Staaten, die letzten brachliegenden Reserven des Volkes dem Mittel- und Hochschulstudium zuzuführen. Jenem System, welches über mehr «geistiges Kapital» verfügt, wird die Zukunft gehören! Die Demokratie ist ständig von innen her bedroht, wenn die Bürger nicht imstande sind, eine wirksame Kontrolle auszuüben, und dies ist nur möglich, wenn Erziehung und Bildung in der Schule den Anforderungen an einen Staatsbürger des 20. Jahrhunderts genügen. Aus dieser Sorge heraus haben die drei genannten Persönlichkeiten interessante Aspekte für die Zukunft unseres Staatswesens entwickelt.

In seinem Vortrag *Erziehung zur Demokratie in der Schule* betont Salzmann, daß das Ziel der Erziehung in erster Linie der Mensch, nicht der Staatsbürger sein solle. «Der Mensch mit Sicherheit des Urteils im Ethischen, mit ungebrochenem Auflehnungswillen gegen alles Unrecht, der unbedingt freiheitsbewußte, aber nie lieblose Individualist — das bleibt das Höchste des von der Erziehung Erstrebaren.» Er will Bürgererziehung nur als Teilaufgabe der allgemeinen Erziehung zum Menschen verstanden wissen. Erziehung zur Demokratie solle nicht ein Schulfach sein, sondern als geistiges Prinzip über dem ganzen Unterricht stehen. Erziehung zur Demokratie sei nicht als Erziehung zum Nationalstaat aufzufassen, in dem vaterländische Kriege und Heldenverehrung im Vordergrund des Geschichtsunterrichts stünden. Die Demokratie sei kein Staatszustand, sondern ein dauerndes Wagnis und Experiment und solle sich ständig weiterentwickeln. Staatsziele und Staatsautoritäten sollen nicht a priori undiskutierbar sein. Salzmann schlägt vor, die Grundsätze demokratischer Zusammenarbeit und Verwaltung möglichst früh in den Schulbetrieb einzubauen und mehr Mut zum Experiment aufzubringen. Um ein guter Demokrat zu werden, müsse man schon früh ein offener Zuhörer sein, kompromißbereit, ohne endgültig auf echte Lösungen zu verzichten, fähig, in sozialen Zusammenhängen zu denken, denn — wie er sagt — Demokratie ohne intelligente Demokraten ist keine erfreuliche

Staatsform! Ferner müsse man Phantasie haben, denn das Spielerische, Künstlerische, Schöpferische des Kindes läutere sich zum Freiheitsbewußtsein des Erwachsenen. Eine Stellungnahme zur heutigen Schule ergebe, daß viel mehr Lehrer, kleinere Klassen, weniger Pensumzwang und mehr Freifächer erforderlich seien. Wenn man Erziehung zur Demokratie postuliere und es auch ernst meine, müsse man auch der Schule die Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung geben, indem man das Budget vergrößere, eine radikale Stoffentlastung vornehme und für fortschrittliche Pädagogen mehr Freiheit gebe.

Das Thema Max Webers war der *Demokratisierung der Wirtschaft* gewidmet. Weber untersucht zuerst die Voraussetzungen der politischen Demokratie, in welcher wir leben; vor allem dürfe die Pressefreiheit — wie es bereits vorkomme — nicht durch wirtschaftliche Macht illusorisch gemacht werden. Die politische Demokratie sei noch kein Endzustand; sie werde beeinträchtigt oder verfälscht durch die Machtverteilung in der Wirtschaft, die völlig undemokratisch sei. Um die politische Demokratie spielen zu lassen, sei eine Demokratisierung der Wirtschaft unerläßlich. Nachdem Weber den Kapitalismus definiert und seine Auswirkungen untersucht hat, geht er auf die den Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert einschränkenden Faktoren ein. Er nennt vor allem die Gewerkschaften, wo der kollektive Arbeitsvertrag als Mittel der Demokratisierung der Wirtschaft wirkt, die Genossenschaften (Konsumvereine), die öffentlichen Unternehmungen sowie die Eingriffe des Staates mittels Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Konjunkturpolitik. Alle diese Faktoren sind starke Gegenkräfte des Kapitalismus und Träger einer neuen Wirtschaftsordnung. Zudem schwäche die Spaltung von Kapitalgeber und Unternehmensleiter (Manager) den Kapitalismus von innen. In erster Linie sei für eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft eine vollständige demokratische Schulung und Bildung zu gewährleisten, die auch die Hochschulen umfassen muß. Interessant sind Webers Ausführungen zum Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben, worüber er sich nach den andernorts gemachten Erfahrungen (vor allem in Deutschland) zum Teil skeptisch äußert. Er nimmt an, daß wir heute in einer Gesellschaftsordnung zwischen Kapitalismus und Sozialismus leben und glaubt heute deutlich eine Tendenz zu einer weiteren Demokratisierung der Wirtschaft «von unten» festzustellen.

Im dritten Vortrag, *Die politische Partei als demokratische Notwendigkeit*, äußert sich Max Wullschlegel zum Begriff der Demokratie. Er zeigt dann anhand eines interessanten Exkurses in die Vergangenheit, wie sich Demokratien im Altertum, im Mittelalter und in der Neuzeit entwickelten. Als unerläßliche Voraussetzung für die Demokratie nennt er eine bestimmte Stufe zivilisatorischer Entwicklung und einen aufblühenden Handel, durch

den die Bevölkerung in Kontakt mit der übrigen Welt treten kann. Wullschlegler führt dies überzeugend an zahlreichen Beispielen, unter anderem dem russischen Stadtstaat Nowgorod, aus. Demokratie setze eine bestimmte Freiheit und Freizügigkeit der Bürger voraus, eine bestimmte zivilisatorische und politische Reife. Es sei deshalb lächerlich, in Afrika Demokratien nach westlichem Muster errichten zu wollen. Die erste bürgerliche Demokratie — so erfährt man — entstand nicht in der Schweiz, sondern in Island im Jahre 930. Für die Demokratie der Neuzeit sei mindestens ein Zweiparteiensystem eine unerläßliche Voraussetzung. Wullschlegler zeigt dann, daß in den Ländern, in denen sich der Bolschewismus, der Faschismus und der Nationalsozialismus entwickelten, die Voraussetzungen für eine Demokratie nicht gegeben waren. Die größte Gefahr für die Demokratie von heute sei die politische Indifferenz der Bürger. Um ihre lebenswichtige Funktion zu erfüllen, müßten die Parteien bestimmte Prinzipien und Ideale vertreten, nicht nur die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder wahren. Sie müßten selbst demokratisch sein und weitherzige Diskussionsfreiheit und Meinungsbildung durch die Mitglieder gestatten. Die Jugend könne nur gewonnen werden, wenn die Parteien die großen, weltbewegenden Fragen anzupacken wagen. Wir möchten noch hinzufügen, daß die Jugend möglichst früh mit den demokratischen Einrichtungen vertraut sein sollte und der Schule hierin die Hauptaufgabe zufällt. Damit wäre der Kreis geschlossen, und wir wären wieder am Anfang unserer Betrachtungen. «Der Anfang und das Ende meiner Politik ist Erziehung», sagte Pestalozzi. Das bedeutet auch: «Anfang und Ende der Erziehung ist Politik.» Alle drei Redner kommen direkt oder indirekt zum Schluß, daß das Bestehen unserer Demokratie von der Erziehung und Bildung in unseren Schulen abhängt. Vermag aber unser heutiges Schulsystem seine gewaltige Aufgabe zu erfüllen, oder müssen wir neue Wege beschreiten? Diese Frage möchten wir unseren Lesern ans Herz legen.

J. W. BRÜGEL

Die Geschichte der Internationale

Eine fühlbare Lücke in der Literatur — es gab bisher keine umfassende Geschichte der Sozialistischen Internationale — wird jetzt erfreulicherweise beseitigt: von *Julius Braunthals* großangelegter Geschichte der Internationale ist der erste, dem Gedächtnis Friedrich Adlers gewidmete und inhaltlich bis 1914 reichende Band erschienen¹. Die hohen Erwartungen, mit denen man

¹ Julius Braunthal, «Geschichte der Internationale», Band I, 404 Seiten und 40 Seiten Kunstdruck. Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, Hannover 1961, Ganzleinen mit mehrfarbigem Schutzumschlag DM 38.—.